

# LEBEN IN DER ILLEGALITÄT

## DAS KATHOLISCHE FORUM ZUM BERICHT DES BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN

### »ILLEGAL AUFHÄLTIGE MIGRANTEN IN DEUTSCHLAND«

Der Bericht des Bundesministeriums des Innern geht auf den so genannten Prüfauftrag »Illegalität« zurück, der in die Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 aufgenommen wurde. Die Bearbeitung dieses Prüfauftrages erfolgte unter Federführung des Innenministeriums (BMI). Dabei wurden die Datenlage und Rechtslage illegal aufhältiger Migrantinnen und Migranten in Deutschland überprüft und mit der Rechtslage in verschiedenen europäischen Staaten verglichen.

Die Erkenntnisse und Analysen des Innenministeriums gründen im Wesentlichen auf einem Gutachten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Datenlage, einem Gutachten von Prof. Dr. Kluth, Martin-Luther-Universität Wittenberg-Halle, zur Rechtslage und zum Rechtsvergleich und einer Anfrage bei den Innenministerien und den Senatsverwaltungen der Länder zum Umgang der Praxis mit den einschlägigen Rechtsvorschriften. Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zu den Lebensumständen von unerlaubt in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen und Ausländern bleiben für die Analyse ebenso unberücksichtigt wie Berichte aus der sozialen und medizinischen Praxis. Insgesamt ist der Bericht von einer auffälligen Selektivität geprägt. Dies betrifft insbesondere die einseitige Interpretation der Ergebnisse der Umfrage bei den Innenministerien und den Senatsverwaltungen der Länder sowie die Wiedergabe von ausschließlich »genehmen« Rechtspositionen. Strittige Rechtsfragen, die das vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene Rechtsgutachten aufzeigt, werden hier zugunsten einer fast

ausschließlich an ordnungsrechtlichen Aspekten orientierten Position schlicht ausgeklammert. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen wurden Handlungsoptionen zum Umgang mit aufenthaltsrechtlicher Illegalität in Deutschland erarbeitet. Die Vorschläge des BMI zielen jedoch weitgehend auf eine Beibehaltung der bestehenden Rechtslage, im Bereich der Meldepflichten öffentlicher Stellen ist sogar eine Ausweitung vorgesehen.

Das Katholische Forum »Leben in der Illegalität« macht erhebliche Bedenken gegenüber den Vorschlägen des Bundesministeriums des Innern geltend:

Das Katholische Forum ruft dazu auf, die Meldepflichten öffentlicher Stellen soweit einzuschränken, dass Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ihre grundlegenden sozialen Rechte (wie das Recht auf medizinische Versorgung, Schulbesuch und Schutz

vor Ausbeutung) ohne Furcht vor Aufdeckung ihres Status und anschließender Abschiebung in Anspruch nehmen können.

Das Katholische Forum sieht keine Notwendigkeit, die ohnehin äußerst schwierige Situation von statuslosen Kindern noch weiter zu verschlechtern, und lehnt eine Ausweitung der Meldepflichten daher ab.

Um sicherzustellen, dass das Recht auf Schulbesuch für alle Kinder von illegal in Deutschland aufhältigen Migranten gewährt wird, müssen auch die Bundesländer entsprechende Regelungen schaffen. Hier gilt es in den Schulgesetzen der Länder klarzustellen, dass der Aufenthaltstatus eines Kindes irrelevant für die Anmeldung an der Schule ist.

Mit Blick auf das Kindeswohl ruft das Katholische Forum dazu auf, so-

### BERICHT DER BUNDESARBEITSGRUPPE GESUNDHEIT / ILLEGALITÄT: FRAUEN, MÄNNER UND KINDER OHNE PAPIERE IN DEUTSCHLAND – IHR RECHT AUF GESUNDHEIT

Im März 2006 hat das Deutsche Institut für Menschenrechte zusammen mit dem »Katholischen Forum Leben in der Illegalität« die Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität gegründet. Ziel war es, konkrete Ansätze zu erarbeiten, wie der Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen ohne Papiere verbessert werden kann. In der Arbeitsgruppe haben Sachverständige aus Wissenschaft, der kommunalen Verwaltung, der medizinischen Praxis, den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen mitgewirkt.

Der Abschlussbericht »Frauen, Männer, Kinder ohne Papier in Deutschland – Ihr Recht auf Gesundheit« fasst die zentralen Ergebnisse der Arbeitsgruppe zusammen. Im Zentrum steht die Analyse verschiedener Ansätze zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere. Der Bericht enthält darüber hinaus gemeinsame Empfehlungen an die deutsche Politik.

Herausgeber: Deutsches Institut für Menschenrechte  
Autor: Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität  
ISBN: 978-3-937714-48-6  
November 2007, 50 Seiten, kostenfrei bestellbar beim:  
Deutsches Institut für Menschenrechte  
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin, Tel.: 030 / 25 93 59-0  
info@institut-fuer-menschenrechte.de  
www.institut-fuer-menschenrechte.de, dort auch als pdf abrufbar.

Die Stellungnahme des Deutschen Caritasverbandes zum Prüfbericht des Innenministeriums mit dem Titel »Illegal aufhältige Migranten in Deutschland« finden Sie im Internet unter [www.caritas.de/2067.html](http://www.caritas.de/2067.html)

wohl die Kinderrechtskonvention vorbehaltlos zu unterzeichnen als auch sicherzustellen, dass Neugeborene unerlaubt im Land lebender Eltern eine Geburtsurkunde erhalten.

■ Bezogen auf die humanitär motivierte Hilfe für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ruft das Katholische Forum dazu auf, klarzustellen, dass eine Strafbarkeit für Personen, die im Rahmen ihrer berufsspezifischen Aufgaben humanitäre Hilfe leisten, bereits mangels Beihilfehandlung ausscheidet. Der Bericht stellt dies für die ärztliche Tätigkeit zutreffend fest, lässt jedoch eine konsequente Anwendung dieser Erwägungen auf andere Berufsgruppen ohne erkennbaren Grund vermissen.

Gleich zu Beginn des Berichts hebt das Bundesministerium des Innern eine Frontstellung innerhalb der öffentlichen Diskussion des Themas aufenthaltsrechtliche Illegalität hervor: die menschenrechtliche Sichtweise, die von Akteuren im humanitären Bereich vertreten, und die ordnungspolitische Sichtweise, die von staatlicher Seite vertreten würde. Durch diese unkommentierte Darstellung der öffentlichen Debatte verfestigt das Ministerium eine unzutreffende und unsachgemäße Dichotomie, die Ordnungsrecht und Menschenrechte als zwei sich gegenseitig ausschließende Rechtsgebiete suggeriert. Der Staat hat selbstverständlich die Pflicht, Rechtsverstöße zu unterbinden und zu ahnden sowie die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung zu gewährleisten. Ordnungsrecht dient aber der Sicherung menschenrechtlicher Gewährleistungen, wenn es seine eigene Legitimation nicht in Frage stellen will. Die im Bericht gewählte Form der unfruchtbaren Gegenüberstellung von Ordnungsrecht und Menschenrecht trägt nicht zu einer differenzierten und lösungsorientierten Diskussion bei, die in Deutschland dringend erforderlich wäre.

Illegale Migration und ihre sozialen Auswirkungen sind Teil der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Sie wird auch in Zukunft nicht verhindert werden können. Daher gilt es, in der nun anstehenden politischen Debatte über den Bericht des Innenministeriums Wege zu finden, die einen problemnahen und humanitären Umgang



Das Motiv »Adler« – erarbeitet von Louise Reinke, Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design Halle – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2008 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

**Bestelladresse:**

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss  
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.  
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50  
info@interkulturellewoche.de  
www.interkulturellewoche.de

mit den Folgen illegaler Migration erlauben. Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung für das »Manifest Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion« hat sich gezeigt, dass es in Deutschland inzwischen parteiübergreifend eine große Bereitschaft gibt, sich mit dem Thema der illegalen Zuwanderung und dem illegalen Aufenthalt zu beschäftigen, um angemessene Umgangsformen mit den hier vorliegenden Problemen zu finden.

■ Aus: Stellungnahme des Katholischen Forums »Leben in der Illegalität« zum Bericht des Bundesministeriums des Innern zum Prüfauftrag »Illegalität« aus der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005, Kapitel VIII 1.2 Illegal aufhältige Migranten in Deutschland – Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen, Februar 2007

■ Der Gesamttext kann unter [www.forum-illegalitaet.de](http://www.forum-illegalitaet.de) eingesehen werden.